Zweite Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung allgemeiner Grundsätze der Verwendung der Studienzuschüsse an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (Studienzuschussätzung)

Vom 25. Januar 2016

Aufgrund des Art. 5 § 3 Satz 1 des Konkordats zwischen dem Freistaat Bayern und dem Heiligen Stuhl vom 29. März 1924 (BayRS 2220-1-WFK) erlässt die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt folgende Änderungssatzung:

§ 1

Die Satzung zur Festlegung allgemeiner Grundsätze der Verwendung der Studienzuschüsse an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom 5. Dezember 2013 (Amtsblatt der Stiftung Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Jg. 37, Nr. 2/2013, S. 83), geändert durch Satzung vom 30. Januar 2015 (Amtsblatt der Stiftung Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Jg. 39, Nr. 1/2015, S. 22) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 6 Satz 6 wird die Satznummerierung „4“ durch die Satznummerierung „6“ ersetzt.

2. § 1 Abs. 7 wird wie folgt gefasst:

(7) Die Änderung von genehmigten Maßnahmen nach Abs. 4 und Abs. 5 (Umwidmung) unterliegt ebenfalls der Zweckbindung und bedarf der Genehmigung des Kanzlers oder der Kanzlerin, wenn das Vorhaben mit einem Gesamtbetrag von 3.000 Euro oder höher aus Studienzuschüssen finanziert ist. Für alle Umwidmungen ist eine Umwidmungsmittlung an das Präsidium notwendig, welche die ursprünglich genehmigte Maßnahme bezeichnet und eine Beschreibung des stattdessen geplanten Projekts enthält. Sind Maßnahmen nach Abs. 5 von der Umwidmung betroffen, ist die Mitteilung von dem zuständigen Dekan oder der zuständigen Dekanin sowie der studentischen Vertretung im Fakultätsrat zu unterschreiben. Betrifft die Umwidmung Maßnahmen nach Abs. 4 ist die Mitteilung von dem oder der zuständigen Verantwortlichen sowie vom Studentischen Sprecher- und Sprecherinnenrat zu unterschreiben. Wird die Zweckbindung bei der Umwidmung nicht eingehalten, kann das Präsidium die ursprüngliche Genehmigung widerrufen; damit ist die Umwidmung gegenstandslos. Umwidmungen sind nur innerhalb eines Maßnahmenzeitraums möglich.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.


Prof. Dr. Gabriele Glen
Präsidentin